

# ETH lehnt russische Studierende ab und gibt Rechtsgutachten in Auftrag

## Schweizer Hochschulen tun sich schwer im Umgang mit Bewerbern aus Russland und fühlen sich zum Teil vom Bund alleingelassen

Daniel Foppa

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine bringt die Schweizer Hochschulen in eine Zwickmühle. Wie sollen sie mit russischen Studierenden umgehen? Restriktiv, um zu verhindern, dass diese Know-how erwerben, das für die Kriegsindustrie nützlich sein kann - etwa Hightech-Kenntnisse für den Drohnenbau oder IT-Wissen für Cyberangriffe? Oder grosszügig, weil von den hier studierenden Russinnen und Russen eine kritische Haltung zum Putin-Regime angenommen wird?

Klar ist der Fall auf institutioneller Ebene: Praktisch alle angefragten Hochschulen erklären, dass sie ihre Kooperationen und Austauschprogramme mit russischen Hochschulen sistiert haben. Sie folgen damit einer Empfehlung von Swissuniversities, dem Dachverband der Schweizer Hochschulen. Zudem sind einzelne russische Forschungseinrichtungen direkt von Sanktionen betroffen.

Nicht eindeutig ist die Sache bei den Studierenden. Denn auch wenn jemand an einer sanktionierten russischen Forschungseinrichtung studiert, so ist er selber nicht den Sanktionen unterworfen. Er kann sich also an jeder Schweizer Hochschule bewerben.

Gespräche mit Vertretern verschiedener Hochschulen legen nahe, dass in diesem Bereich Rechtsunsicherheit herrscht. Man möge sich durch, heisst es inoffiziell an einer Universität, die Sanktionsrichtlinien des Bundes seien keine grosse Hilfe. Und an einer weiteren Hochschule wird erklärt, im Zweifelsfall bestehe immer noch die Option, die Zulassungsbedingungen sehr restriktiv ausulegen.

Einen anderen Weg schlägt die ETH ein. «Wir haben ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um zu klären, wie Bewerbungen von Studierenden mit einem Abschluss von einer sanktionierten russischen Institution zu beurteilen sind», erklärt Sprecherin Franziska Schmid. Das Gutachten stehe noch aus. Auch die Universität St. Gallen prüft eine neue Rechtsgrundlage, um bei allfälligem Missbrauch von Wissen oder Technologie disziplinarische Massnahmen ergreifen zu können.

Laut einer Umfrage der «NZZ am Sonntag» studieren oder doktorieren derzeit etwas mehr als 1000 Personen mit russischer Nationalität an den 13 grössten



Normalerweise ein Ort, an dem die Herkunft keine Rolle spielt: Die ETH Zürich.

Schweizer Hochschulen. Ob sich darunter Studierende befinden, die zuvor an einer sanktionierten Institution studierten, ist nicht bekannt; die Hochschulen machen aus Datenschutzgründen keine weiteren Angaben. Die Abklärungen der ETH zeigen aber, dass sich das Problem offenbar stellt.

### Vertiefte Abklärungen

Mehrere Hochschulen haben im laufenden Jahr russische Studierende abgelehnt - weil diese die Zulassungsbedingungen nicht erfüllten, wie es offiziell heisst. So hat die ETH seit dem Frühling vertiefte Abklärungen bei Masterstudierenden aus Russland durchgeführt. Nun sind mehrere russische Studierende abgelehnt worden. Die ETH hat dabei Risikoabklärungen vorgenommen und mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sowie dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) kooperiert.

«Mit Risikoabklärungen prüfen wir, ob von einer Bewerberin oder einem Bewerber ein Risiko für einzelne Personen an der ETH, für den Betrieb der ETH oder die Interessen der Schweiz ausgehen könnte», sagt die Sprecherin Schmid. «Diese Abklärungen haben in einzelnen Fällen zu Ablehnungen geführt, auch bei Bewerbungen aus Russland.» Gleichzeitig betont die ETH, die Anzahl von Bewerbungen aus Russland sei mit rund 40 pro Jahr

sehr klein. Letztes Jahr studierten 70 russische Studenten an der ETH, 108 waren als wissenschaftliche Assistenten angestellt.

Auch die Universität Bern führt Risikoabklärungen durch und erklärt: «Russische Studierende fallen unter eine Personenkategorie, die mit erhöhter Aufmerksamkeit behandelt wird.» Genauere Angaben macht die Universität «aus sicherheitstechnischen Gründen» nicht - ebenso wenig wie der NDB.

Dieser hat das Präventionsprogramm «Technopol» entwickelt, das sich an Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstitute richtet und der Bekämpfung von Spionage und Proliferation im akademischen Umfeld dienen soll. Die Umsetzung allfälliger Massnahmen liege aber in der Verantwortung der akademischen Institution, betont der NDB.

### Kooperationen beendet

Auch wenn jemand von einer Universität aufgenommen worden ist, können weiterhin Restriktionen bestehen. So erklärt die ETH Lausanne, dass Studierende aus gewissen Nationen nicht an

**Im Ausland sind Fälle von russischer Spionage an Universitäten aufgefliegen.**

Forschungsprojekten teilnehmen dürfen, bei denen Dual-Use-Güter (zivil und militärisch verwendbare Güter) aus den USA benutzt werden. Je nach Technologie könne dies Studierende aus Russland, China, dem Iran oder aus anderen Nationen betreffen.

Auch die Universität Bern erklärt, dass in bestimmten Bereichen das Teilen von Forschungsergebnissen mit Russinnen und Russen genehmigungspflichtig oder verboten ist. «Wir überprüfen derzeit, ob unsere Forschungsprojekte davon betroffen sind. Zudem werden Mitarbeitende und Forschende für die gesetzlichen Beschränkungen sensibilisiert», sagt der Sprecher Ivo Schmucki. Bisher seien mehrere Kooperationen mit Forschenden in Russland beendet worden.

Im Ausland sind seit Beginn des Ukraine-Kriegs Fälle von russischer Spionage an Universitäten aufgefliegen. So stand letztes Jahr ein russischer Doktorand der Universität Augsburg in Deutschland vor Gericht. Der Materialforscher hatte Informationen zu Forschungsprojekten aus der Luft- und Raumfahrttechnologie an einen russischen Geheimdienstoffizier weitergegeben.

Ähnliche Fälle aus der Schweiz sind nicht bekannt - wie auch offen ist, was russische Studierende nach der Rückkehr in ihre Heimat mit dem erworbenen Wissen machen.

# Neutralität: Viola Amherd gibt nicht auf

Die Verteidigungsministerin tauft ihr neues Staatssekretariat und belebt eine alte Diskussion neu. Das gefällt nicht allen. **Simon Marti**



Bundesrätin Viola Amherd.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Schweizer Sicherheitspolitik in ihren Grundfesten erschüttert. Anfang Juni gab das Verteidigungsdepartement (VBS) bekannt, eigens eine «Studienkommission» einzurichten. Den Vorsitz hat Valentin Vogt, abtretender Präsident des Arbeitgeberverbandes, inne. Laut Mitteilung soll die Kommission «Impulse und Beiträge für die öffentliche und parlamentarische Diskussion liefern» und den nächsten sicherheitspolitischen Bericht vorbereiten. Das klingt harmlos. Recherchen zeigen, dass sich das VBS durchaus Handfestes verspricht. Und zwar in einem besonders heiklen und umstrittenen Bereich: der Neutralität.

Am 17. Mai verfasste die Chef der Sicherheitspolitik im VBS, Pálvi Pulli, eine interne Aktennotiz zu Händen von Bundesrätin Amherd. Sie liegt der «NZZ am Sonntag» vor. Darin ist die Stossrichtung der Kommission konkreter definiert. «Schwerpunkte sollen sein: Potenzial und Grenzen internationaler Zusammenarbeit mit Blick auf die Neutralität und ihre Anwendung aus sicherheitspolitischer Optik», heisst es darin.

Der Hinweis auf die Neutralität ist in der zweiseitigen offiziellen Erklärung des Departements nicht zu finden. Bekannt aber ist, dass das VBS in neutralitätspolitischen Fragen, namentlich bei der Weitergabe von Rüstungsgütern, eine andere Position vertritt als eine Mehrheit des Bundesrates. Derselbe Bundesrat hat erst im vergangenen Herbst eine grundlegende Diskussion im Keim erstückt, als er den Neutralitätsbericht des Aussendepartements abschmetterte. Dieser Bericht hätte im Sinne einer «kooperativen Neutralität» als Grundlage dienen können für eine engere Abstimmung mit der EU und der Nato. Diesen Faden nimmt die Studienkommission wieder auf.

Für die Galerie sind ihre Treffen nicht gedacht. Parlamentarier sollen die Ergebnisse ins Parlament tragen. «Die Vertretung von Parteien ist unverzichtbar», schreibt Pulli in der Aktennotiz, «um Impulse der Studienkommission in der Folge mit Erfolgsaussichten in der praktischen Politik einzubringen und umzusetzen.»

Von fehlender Transparenz will man im VBS nichts wissen. Der Bundesrat habe im September in

«seinem Zusatzbericht zum sicherheitspolitischen Bericht» beschlossen, die internationale Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik zu stärken, was selbstverständlich innerhalb der Grenzen der Neutralität erfolge. In der Ankündigung der Studienkommission musste dies daher «nicht noch einmal explizit aufgenommen und wiederholt werden», erklärt ein VBS-Sprecher.

Im Parlament sehen das manche anders. «Eine enge Verknüpfung von Aussen- und Sicherheitspolitik wäre durchaus wünschbar», sagt FDP-Ständerat Damian Müller. Doch die Kommunikation des VBS sei, «gelingend gesagt, komisch». Weiter rechts klingt die Kritik schärfer. «Bei diesem heiklen Thema geht es nicht an, dass ein Departement für sich allein wurstelt», findet Mauro Tuena, SVP-Nationalrat und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission. «Für eine breite Diskussion über internationale Kooperationen und die Zukunft der Neutralität wäre eigentlich ein Beschluss von Bundesrat, Parlament und Volk nötig.»

Bundesrätin Amherd lässt aber nicht nur über die Neutralität diskutieren, die Walliserin ist eifrig dabei, das VBS zu reorganisieren. Das angekündigte neue Staatssekretariat nimmt Form an, wie aus einer internen Mitteilung an die Mitarbeiter hervorgeht. Auch der Name steht nun fest, Staatssekretariat für Sicherheitspolitik wird es heissen. Rund ein Viertel des Personals des Generalsekretariats wechselt in die neue Einheit. Ein Organigramm des Staatssekretariats liegt dieser Zeitung vor. Vier Abteilungen sind aufgeführt: «Sicherheitspolitische Grundlagen und Antizipation», «Sicherheitspolitische Kooperation im Inland», «Informationssicherheitsdienste» - und «Internationale Sicherheitskooperation». 16 Monate nach Kriegsausbruch nimmt die neue Schweizer Sicherheitsarchitektur langsam Formen an.

## Classe politique

**Christian Imark**, Platzhalter, regt sich über Demos auf dem Bundesplatz auf. Das störe den Ratsbetrieb, sagt der SVP-Nationalrat, und er hat eine kühne Forderung: Die Eidgenossenschaft soll der Stadt Bern den Platz abkaufen. Das könnte der klammen Hauptstadt gerade recht kommen und ein paar Millionen in die Kasse spülen. Stellt sich nur die Frage, ob die rot-grüne Regierung das Geld dann auch in Imarks Sinne einsetzen würde. Höchstwahrscheinlich werden damit Strassen verkehrsberuhigt oder noch schlimmer: die Reitschule subventioniert.

**Nicola Siegrist**, Cis-Mann, hat genug von Cis-Männern an Demos. «Bleibe solidarisch im



**Christian Imark** **Nicola Siegrist**

Hintergrund!», riet Siegrists Juso den «lieben cis Männern» vor dem feministischen Streik auf Instagram. «Biete den Streiks deine Hilfe an (wenn sie diese von cis Männern suchen).» Und weiter: «Nehme keinen öffentlichen Raum ein (spreche z.B. nicht mit Medien).» Zum Glück für Siegrists eigene politische Karriere galt dieser Rat nur gerade für Mittwoch.

## Rütli-Verein setzt Dissidenten ab

Der Machtkampf ums Rütli ist entschieden: Kritiker Jürg Kallay wurde aus dem Vorstand der Gemeinnützigen Gesellschaft abgewählt.

**Thomas Isler**

Die Generalversammlung eines der ältesten Vereine der Schweiz war im Vorfeld zu einem eigentlichen Showdown hochstilisiert worden. Hier Nicola Forster, der grünliberale Politiker, der seit Ende 2020 die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft präsidiert und mit seinem Führungsstil für einige Unruhe gesorgt hat. Da Jürg Kallay, selbständiger Vermögensverwalter und Vorstandsmitglied seit 2021, der zu jenen gehört, die Forsters Führungsstil kritisieren. Kallay wollte den sei-

ner Ansicht nach zu uniformen linksliberalen Vorstand weltanschaulich ausbalancieren und ihn um fünf explizit bürgerliche Kandidatinnen und Kandidaten ergänzen, die er der Generalversammlung zur Wahl vorschlug.

Darauf reagierte der Vorstand Anfang Mai mit einem Brief an die Mitglieder, in dem er die Abwahl Kallays beantragte. Dieser habe den Vorstand unter anderem medial diskreditiert, als er ihm «nordkoreanische Verhältnisse» vorgeworfen habe. Die Versammlung hiess am Samstag diese Abwahl Kallays mit zirka drei Viertel der Stimmen gut. Neu in den Vorstand gewählt wurden Claudia Genier (Genf) und Laila Sheikh (Freiburg), die zwei zurückgetretene Mitglieder aus der Westschweiz - eines von ihnen die heutige Bun-

desrätin Elisabeth Baume-Schneider - ersetzen. Zusätzlich wurden Michel Peter aus Appenzell-Ausser rhoden und Ruth Ludwig aus Basel in den Vorstand gewählt, der nun neun Mitglieder umfasst.

Noch zu reden geben dürfte indes ein anderer Begleitumstand der Wahlen vom Samstag: Der Vorstand hatte im Vorfeld zahlreiche eingegangene Mitgliedschaftsanträge vorläufig sistiert. Er wollte so, wie er sagte, eine gezielte Mobilisierung aus dem Lager Kallays und eine mögliche linke Gegenmobilisierung unterbinden. Das empfanden einige SGG-Mitglieder als unfair. Sie wiesen darauf hin, dass es vor der ausserordentlichen Generalversammlung der SGG im vergangenen November ebenfalls zu gehäuftem Neumitgliedschaften, mutmass-

lich aus dem Lager Forsters, gekommen sei, diese Mitglieder aber stimmberechtigt gewesen seien.

An der Generalversammlung wäre eigentlich auch noch eine Statutenrevision traktandiert gewesen. Hier standen sich Anträge des Vorstandes und von kantonalen Gemeinnützigen Gesellschaften (GG) gegenüber. Letztere möchten mehr Mitsprachemöglichkeit der Mitglieder bei Budget und Strategie erreichen und so eine Machtkonzentration beim Vorstand beschränken. Sie begründen das auch damit, dass die sogenannte Zentralkommission, das Gremium der kantonalen GG, abgeschafft worden sei. Für dieses Geschäft blieb angesichts der turbulenten Wahlen aber keine Zeit mehr, wie es in einer Mitteilung der SGG heisst.